



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Margit Wild, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD**

Polen: LGBTIQ*-Diskriminierung beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag verurteilt scharf die LGBTIQ*-feindlichen Resolutionen von mehr als 100 polnischen Kommunen, knapp 40 Landkreisen sowie fünf von 16 polnischen Regierungsbezirken (Woiwodschaften) des Landes, die sich seit 2019 zu „LGBTI-freien Zonen“ bzw. „frei von LGBTI-Ideologie“ erklärt haben. Diese diskriminierenden Deklarationen verstoßen gegen die Menschenwürde und gegen den europäischen Gedanken einer friedlichen und offenen Gesellschaft. Die Rechte von LGBTIQ*-Personen sind Menschenrechte.

Der Landtag unterstützt den offenen Brief vom 9. Juni 2020 des Rats der Europäischen Gemeinden und Regionen (CEMR) an die polnischen Kommunen aufgrund der Sorge um die Entwicklung der menschenrechtlichen Situation in Polen. Bayerische Kommunen, die Städtepartnerschaften mit polnischen Kommunen haben, sind aufgerufen, die LGBTIQ*-Diskriminierung in Polen in kritischer Weise zum Thema zu machen.

Der Landtag erinnert an die EU-Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender- und Intersexuelle Personen vom 24. Juni 2013 sowie die am 17. Juni 2011 verabschiedete Resolution 17/19 des UN-Menschenrechtsrats zu Menschenrechten, sexueller Orientierung und sexueller Identität.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken,

- dass bestehende Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen Polens, wie auch der Europäischen Union (EU) im Gesamten, beendet werden,
- dass die Europäische Kommission als Hüterin der europäischen Verträge gegen die polnische Regierung Sanktionen verhängt und vorgesehene EU-Mittel für die LGBTIQ*-feindlichen Kommunen und Regierungsbezirke Polens streicht.

Begründung:

Die polnische Regierungspartei PiS schürt seit Jahren eine homophobe Stimmung in Polen. Partei-Vorsitzender Jarosław Kaczyński schürt Ängste, Homosexuelle stellen eine „Bedrohung“ für das Land dar. Polens Präsident Andrzej Duda propagiert ein „Verbot der Propagierung von LGBTIQ*-Ideologie in öffentlichen Institutionen.“

An vielen polnischen Orts- und Landkreisschildern liest man mittlerweile den Schriftzug „Strefa wolna od LGBT“, was übersetzt „LGBT-freie Zone“ heißt. Wenngleich die Zonen juristisch keine Bedeutung haben, ist die symbolische Botschaft unverhohlen diskriminierend und erschüttert das gesellschaftliche Klima zum Nachteil von LGBTIQ*-Menschen. Gemäß den internationalen Menschenrechtsstandards hat hingegen jede Nation

die Pflicht, lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Personen vor Diskriminierung zu schützen.

Der CEMR-Brief verweist auf die Rechte und Werte der Europäischen Konvention für Menschenrechte sowie der EU-Grundrechtecharta, die Diskriminierungsverbot u. a. aufgrund sexueller Gründe beinhalten. Zudem wird den polnischen Kommunen gedankt, die sich bisher geweigert haben, derartige diskriminierende Maßnahmen einzuführen. Der Brief wurde bisher von über 80 Kommunalpolitikern aus 14 europäischen Ländern unterschrieben, darunter die Oberbürgermeister Eva Döhla (Hof), Andreas Starke (Bamberg) und Dr. Christian Scharpf (Ingolstadt).